

Fragen

**für die Fragestunde der 159. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. März 2024**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (Gruppe Die Linke)	63, 64	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	41, 42
Aumer, Peter (CDU/CSU)	10, 11	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke)	23, 33
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 67	Lehmann, Jens (CDU/CSU)	20
Biadacz, Marc (CDU/CSU)	7, 13	Lenkert, Ralph (Gruppe Die Linke)	31, 32
Brandl, Reinhard, Dr. (CDU/CSU)	55, 56	Möhring, Cornelia (Gruppe Die Linke)	37, 46
Brandner, Stephan (AfD)	26, 38	Nacke, Stefan, Dr. (CDU/CSU)	5
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	51, 52	Oellers, Wilfried (CDU/CSU)	16
Bystron, Petr (AfD)	57, 58	Pau, Petra (Gruppe Die Linke)	53, 68
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	65, 66	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 17
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	21, 22	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	28, 29
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	25, 44	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	69, 70
Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke)	43, 54	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU)	9, 45
Hardt, Jürgen (CDU/CSU)	59, 60	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	49, 50
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	18, 19	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	27, 34
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	61, 62	Schattner, Bernd (AfD)	2, 6
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	35, 36	Stracke, Stephan (CDU/CSU)	12, 48
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	14, 15	Whittaker, Kai (CDU/CSU)	39, 47
Klein, Ottilie, Dr. (CDU/CSU)	8, 24	Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	40
		Wulf, Mareike Lotte (CDU/CSU)	3, 4

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	13
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	16
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	20

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Arbeit und Soziales**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Schlägt der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil, vor dem Hintergrund des verabschiedeten Rentenpakets II, konkrete Maßnahmen vor, die auf eine Schließung der geschätzten Finanzlücke von rund 34 Mrd. Euro bis zum Jahr 2035 gerichtet sind, und wenn ja, welche (vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft; www.nzz.ch/de-r-andere-blick/das-rentenpaket-der-ampel-ist-ein-e-kriegserklaerung-an-die-arbeitnehmer-ld.1820708, jeweils zuletzt abgerufen am 6. März 2024)?
2. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)

Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, wie viele Bezahlkarten bereits an Flüchtlinge bis Februar 2024 ausgestellt bzw. beantragt wurden?
3. Abgeordnete
**Mareike Lotte
Wulf**
(CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung das Auslaufen der Förderung der Weiterbildungsverbände (2. Förderrichtlinie endet am 1. Juli 2024), wo doch die Weiterbildungsverbände elementare Netzwerkpartner bei der Vermittlung und Beratung von Weiterbildungsangeboten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der Fläche sind (Zitat des Bundesministers für Arbeit und Soziales Hubertus Heil auf der Nationalen Weiterbildungskonferenz am 14. November 2023)?
4. Abgeordnete
**Mareike Lotte
Wulf**
(CDU/CSU)

Wie soll die vom Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil angekündigte „Weiterbildungsrepublik“ gelingen, wenn die Gelder der Beitragszahler (zur Arbeitslosenversicherung), die grundsätzlich für beschäftigungssichernde Weiterbildung von Beschäftigten vorgesehen sind, nun – durch den im Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 beschlossenen Rechtskreiswechsel – auch für Weiterbildung von Bürgergeldempfängern verwendet werden müssen?
5. Abgeordneter
Dr. Stefan Nacke
(CDU/CSU)

Wie wird die Bundesregierung nach den Kürzungen im Bereich des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung, die insgesamt bereits eine Summe von über 6,8 Mrd. Euro umfasst (www.deutsche-rentenversicherung.de/Bund/DE/Presse/Stellungennahmen/2024110-zweites-haushaltsfinanzierungsgesetz.pdf), die nachhaltige Stabilität und das Vertrauen in unsere Rentenversicherung angesichts der demographischen Herausforderungen erhalten?

6. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Wie stellt sich die Bundesregierung die Flexibilisierungsrente in Zukunft vor?
7. Abgeordneter
Marc Biadacz
(CDU/CSU) Ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales davon überzeugt, dass die Generationenrente funktioniert, und welche Verwendung hat das Kapital aus dem Generationenfonds, wenn es keine Rendite gibt?
8. Abgeordnete
Dr. Otilie Klein
(CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung führenden Ökonomen, wie beispielweise dem Wirtschaftsweisen Prof. Dr. Martin Werding, zu, dass das Rentenpaket II durch die Beitragssatzsteigerung die junge Generation einseitig belastet, und wie möchte die Bundesregierung die massiven Kosten des Rentenpakets II langfristig finanzieren?
9. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU) Auf Basis welcher Analysen trifft die Bundesregierung die Einschätzung in ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 11, Plenarprotokoll 20/156, dass es keine Anzeichen für einen „Brain Drain“ gebe und Deutschland in der Attraktivität für Fachkräfte nicht zurückfalle, obgleich die Expat-Insider-Studie 2023 Deutschland mit Platz 49 von 53 eine im internationalen Vergleich sehr geringe Attraktivität für Fachkräfte zuzisst (vgl. <https://cms.in-cdn.net/cdn/file/cms-media/public/2023-07/Expat-Insider-2023-Survey-Report.pdf>)?
10. Abgeordneter
Peter Aumer
(CDU/CSU) Wie hoch waren die Kosten für die vier Vor-Ort-Termine der Dialogreihe „Hin.Gehört“ insgesamt (Werbemaßnahmen, Kosten der Veranstaltung, Einladungen, Moderation, Auswahlverfahren der Teilnehmer etc.), und welche Erkenntnisse hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales daraus gewonnen?
11. Abgeordneter
Peter Aumer
(CDU/CSU) Was hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in den letzten zwei Jahren für die Arbeitszeitflexibilisierung unternommen, und wann können wir einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (z. B. für die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigten Experimentierräume) erwarten?

12. Abgeordneter
Stephan Stracke
(CDU/CSU)
- Welche Umstände, Zinsen oder Verwaltungskosten verringern die erwartete Beitragssenkung der Rentenversicherung aus dem Generationenkapital auf geplante 0,3 Prozentpunkte unter Beachtung der geplanten Ertragsausschüttung in Höhe von 10 Mrd. Euro nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Rentenpaket II, obwohl es nach meiner Einschätzung zu einer Beitragsentlastung von rund 0,6 Prozentpunkten führen müsste?
13. Abgeordneter
Marc Biadacz
(CDU/CSU)
- Wann rechnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit der Einführung einer bundeseinheitlichen Bezahlkarte für Asylbewerber, und was ist das Entgegenkommen der SPD gegenüber dem Koalitionspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Zustimmung?
14. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Welches Ausmaß hat (bitte nach Anzahl der Fälle und nach Gesamthöhe der zu Unrecht bezogenen Leistungen aufschlüsseln) nach Kenntnis der Bundesregierung der in zahlreichen Medienberichten (z. B. www.focus.de/politik/deutschland/sprechen-nicht-einmal-die-sprache-wie-falsche-ukrainer-sich-jetzt-buergergeld-erschleichen-wollen_id_259660622.html) dargelegte Sozialmissbrauch durch Menschen, die sowohl die ukrainische als auch eine weitere Staatsangehörigkeit haben (anknüpfend an meine nicht im Sinne der Fragestellung beantwortete Mündliche Frage 5, Plenarprotokoll 20/156)?
15. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie untermauert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Behauptung der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme in der Fragestunde vom 13. März 2024, dass die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sehr erfolgreich gelingt, angesichts der Tatsache, dass sich derzeit rund 2,6 Millionen Nichtdeutsche im Bürgergeldbezug befinden, und was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die wichtigsten Gründe für diese hohe Zahl von nichtdeutschen Empfängern von Bürgergeld?
16. Abgeordneter
Wilfried Oellers
(CDU/CSU)
- Zu welchem Ergebnis ist die über viele Jahre durchgeführte Überprüfung des Ärztlichen Sachverständigenbeirates „Berufskrankheiten“ beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales bezüglich der Anerkennung von Parkinson als Berufskrankheit in der Landwirtschaft gekommen, die der Bundesregierung nach eigener Aussage vorliegt, und wie begründet der Sachverständigenrat seine Entscheidung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

17. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche durch den Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius angekündigten technischen und organisatorischen Maßnahmen wurden bisher im Zuge der Aufarbeitung der sogenannten Taurus-Abhöraffaire in die Wege geleitet, um eine Wiederholung der zugrunde liegenden individuellen Fehler auszuschließen (vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/taurus-abhoeraffaere-verteidigungsminister-pistorius-nennt-individuellen-anwendungsfehler-als-ursache-a-e77aed7d-578a-4a88-951a-2d666332486e, www.cicero.de/innenpolitik/pistorius-abhoerskandal-taurus, jeweils zuletzt abgerufen am 6. März 2024)?
18. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Wie lange sind die vier Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppe B, die zum Stichtag 1. Februar 2024 ohne Übertragung eines der Bundesbesoldungsordnung B entsprechenden konkret funktionellen Amtes im Bundesministerium der Verteidigung tätig waren (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 74 auf Bundestagsdrucksache 20/10292), dort bereits ohne Übertragung eines entsprechenden Amtes tätig (bitte in anonymisierter Form und jeweils mit Angabe der Monate ohne Übertragung eines entsprechenden Amtes aufschlüsseln), und was ist jeweils der Grund dafür, dass kein entsprechendes Amt übertragen wurde?
19. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Wie viele bezahlte Nebentätigkeiten wurden im Bundesministerium der Verteidigung seit Beginn der Amtszeit der Bundesregierung von Mitgliedern der Leitungsebene (ab Ebene der Referatsleitung) angezeigt, und für welche Auftraggeber waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig?
20. Abgeordneter
Jens Lehmann
(CDU/CSU)
- Wie viele Schützenpanzer (SPz) befinden sich im Bestand der Bundeswehr zum Stichtag 11. März 2024 (bitte nach einzelnen Typen SPz PUMA und SPz MARDER angeben), und wie viele Schützenpanzer davon sind einsatztüchtig (befinden sich demnach nicht in Instandsetzungs- oder Modernisierungsmaßnahmen, sondern stehen der Panzergrenadiertruppe in den Kasernen zur Ausbildung zur Verfügung)?

21. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Welche systematischen Evaluationserkenntnisse liegen dem Bundesministerium der Verteidigung hinsichtlich einer Verbesserung der Arbeitsabläufe durch die Etablierung eines Planungs- und Führungsstabes vor, der laut ministerieller Eigendarstellung Entscheidungsvorlagen für die Leitungsebene besser vorbereiten und zugleich eine zügigere Umsetzung von Entscheidungen der Leitungsebene sicherstellen soll (Quelle: www.bmvg.de/de/aktuelles/neuer-planungs-und-fuehrungsstab-im-verteidigungsministerium-5614200), und wie viele Dienstposten sind in den Arbeitseinheiten Leitungsstab, Stab Informationsarbeit, Planungs- und Führungsstab, Büro des Generalinspektors der Bundeswehr sowie den vier Büros der (Parlamentarischen) Staatssekretäre (bitte als abschließende Auflistung verstehen, ohne regierungsseitige Hinzufügung oder Entfernung weiterer Arbeitseinheiten) insgesamt zu den Stichtagen 30. Mai 2023, 13. Oktober 2023 sowie 15. März 2024 eingerichtet (bitte zu allen Stichtagen zwischen Soll- und Ist-Besetzung differenzieren)?
22. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Warum liegt in Anbetracht der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 71 auf Bundestagsdrucksache 20/10338 hinsichtlich der Reorganisation des Bundesministeriums der Verteidigung, wonach mit der Veröffentlichung des neuen Organigramms am 1. Februar 2024 der zweite Schritt der Reorganisation abgeschlossen sei, bis zum heutigen Tag kein endgültiges Organigramm mit namentlicher Nennung u. a. aller Unterabteilungsleiter, Referatsleiter etc. vor (das aktuelle vollständige Organigramm des Bundesministeriums der Verteidigung mit allen Angaben datiert – anders als das datenarme Organigramm auf der Homepage des Bundesministeriums – vom 1. Oktober 2023), und wie viele Versetzungsverfügungen in den nachgeordneten Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung sind im Zuge der Reorganisation, zweiter Schritt bis zum 15. März 2024 ausgesprochen worden (bitte Gesamtzahl der Versetzungen nach Laufbahngruppe sowie nach Zielbehörde der Versetzung differenzieren)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

23. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Wann schafft die Bundesregierung die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung eines Tierwohl-Monitoring-Gesetzes (oder einer entsprechend gleichwertigen Regelung), nachdem im Sommer 2023 das Thünen-Institut die Ergebnisse seines Projektes zum nationalen Tierwohl-Monitoring vorgestellt hat (vgl. www.nationales-tierwohl-monitoring.de/) und wie es ja auch im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigt wurde („Wir erarbeiten eine Tiergesundheitsstrategie und etablieren eine umfassende Datenbank (inkl. Verarbeitungsbetriebe tierischer Nebenprodukte).“, vgl. Koalitionsvertrag S. 35)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

24. Abgeordnete
Dr. Ottilie Klein
(CDU/CSU)
- Wieso möchte die Bundesregierung, laut Gesetzentwurf zur Kindergrundsicherung, dass künftig junge Erwerbsfähige in der Kindergrundsicherung nicht mehr durch die Jobcenter betreut werden, obwohl dadurch viele wichtige Instrumente und Strukturen zur Begleitung der jungen Menschen wegfallen?
25. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Wie hoch waren die staatlichen Netto-Ausgaben in den letzten drei Jahren für die Zahlung des Unterhaltsvorschusses (bitte aufschlüsseln, wie viel Geld an Unterhaltsempfänger ausgezahlt und von den Unterhaltspflichtigen wieder eingenommen wurde), und wie hoch wären die Ausgaben gewesen, wenn das Kindergeld nicht vollständig mit dem Unterhaltsvorschuss verrechnet worden wäre (vgl. www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-mutter-startet-petition-zum-unterhaltsvorschuss-der-staat-straft-alleinerziehende-doppelt-10140400.html)?

26. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Was sind nach Ansicht der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus die Ursachen für den mangelnden Respekt gegenüber den Senioren in Deutschland, und beabsichtigt die Bundesministerin Maßnahmen zu ergreifen, um den Respekt gegenüber der älteren Generation hierzulande zu steigern (www.tagesspiegel.de/politik/senioren-vermissen-respekt-fast-80-prozent-der-uber-65-jahrigen-fuehlen-sich-von-der-politik-vernachlassigt-9417191.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

27. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung im Haushalt 2024 die Suizidprävention in Deutschland, und wenn ja, wie (bitte mit Summe und Haushaltstitel im jeweiligen Ressort aufschlüsseln)?
28. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wann genau wird die Bundesregierung bzw. das federführend zuständige Bundesministerium für Gesundheit einen dritten Arbeitsentwurf für ein Gesetz zur Krankenhausstrukturreform vorlegen, und plant die Bundesregierung weiterhin eine Strukturreform, die der Zustimmung der Länder bedarf?
29. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine gesetzliche Regelung dahingehend, dass Anbieter von Praxisverwaltungssoftware (PVS) zwingend Schnittstellen vorhalten müssen, die bei einem PVS-Wechsel in einer Arztpraxis eine unkomplizierte, schnelle und vollständige Datenportierung sicherstellen, und wenn ja, wann will die Bundesregierung ein solches Gesetz vorlegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

30. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung eine Position zu Forderungen nach „regelmäßigen Gesundheitstests“ für ältere Autofahrer (siehe dazu: www.rnd.de/politik/fuehrerschein-im-alter-gruene-fordern-fahrtauglichkeitstests-bei-senioren-4MSSGGH4JJHT3LROXOYN7G6TAM.html), und wenn ja, wie lautet diese, und hat die Bundesregierung eine Position zu Forderungen nach einer wesentlich restriktiveren Handhabung der Problematik, und wenn ja, wie lautet diese (siehe dazu: www.spiegel.de/auto/aeltere-autofahrer-gruene-fordern-nach-unfall-in-berlin-mitte-regelmaessige-gesundheitstests-a-a01884b4-ac2f-454c-baae-19e9ac229b30)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

31. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(Gruppe Die Linke)
- Plant die Bundesregierung zur Verbesserung der Umweltbildung die Erstellung und Aktualisierung von Lehrmaterialien zu den Themen Wasser, Abwasser, Flüsse und Gewässer, und wird sie diese kostenlos für Schulen zur Umweltbildung zur Verfügung stellen, wenn nein, warum nicht (Beispiele: www.umwelt-im-unterricht.de/uiufiles/dateien/wasser_de_schuelerhefte.pdf; www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Gewaeserfibel.html)?
32. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(Gruppe Die Linke)
- Wann kommt das von der Bundesregierung angekündigte Förderprogramm für Reparatureinrichtungen, wie beispielsweise Repair Cafés, und welches Gesamtvolumen wird dieses haben?

33. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Wann legt die Bundesregierung auf der Grundlage der vor Jahresfrist vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz veröffentlichten Eckpunkte zum Gesetz für weniger Verpackungsmüll (vgl. www.bmu.de/download/eckpunkte-zum-gesetz-fuer-weniger-verpackungsmuell) das angekündigte Gesetz vor, das u. a. verbieten soll, den Inhalt von Produkten zu verringern, wenn gleichzeitig nicht auch die Verpackung schrumpft (Stichwort: sog. „Mogelpackungen“), und wird sie darin die von den Verbraucherverbänden als notwendig erachtete Kennzeichnungspflicht aufnehmen (www.foodwatch.org/de/mitmachen/versteckte-preisabzocke-stoppen; www.vzbv.de/pressemitteilungen/teurer-einkaufskorb-massnahmen-gegen-steigende-lebensmittelpreise)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

34. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie viele Dauerstellen im Mittelbau werden, wie durch den Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses aus dem Oktober 2023 zu einem Konzept für ein befristetes Bund-Länder-Programm zum Ausbau wissenschaftlicher Dauerstellen neben der Professur gefordert (www.jmwiarda.de/2023/10/11/haushaltsausschuss-verlangt-vom-bm-bf-programm-zum-ausbau-von-dauerstellen-in-de-r-wissenschaft/), mit dem aktuellen Reformvorschlag des Gesetzes über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft (WissZeitVG) in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen geschaffen, und welche Absprachen hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung konkret mit den Ländern hinsichtlich der Stärkung des akademischen Mittelbaus und der Einrichtung neuer Kategorien des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen getroffen?
35. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Auswirkungen auf Wissenschaft und Forschung sind aus Sicht der Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger mit dem vorliegenden Referentenentwurf zum Tierschutzgesetz hinsichtlich der Beantragungs- und Genehmigungsprozesse für Tierversuche zu erwarten, und hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung vor, im Zuge der Ressortabstimmung einen Leitungsvorbehalt gegen den Gesetzentwurf einzulegen?

36. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende sind nach aktuellem Stand und nach Vorstellung der Bundesregierung für eine Studienstarthilfe anspruchsberechtigt, und wird hinsichtlich der Auszahlung der Studienstarthilfe auf das Verfahren zur Auszahlung der Energiepreispauschale für Studierende sowie Fachschülerinnen und Fachschüler (www.einmalzahlung200.de/) zurückgegriffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

37. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(Gruppe Die Linke)
- Welche neuen konkreten Erkenntnisse über Rodungen auf den Flächen des paraguayischen Agrarunternehmens Paraguay Agricultural Corporation S.A. (PAYCO; <https://correctiv.org/aktuelles/klimawandel/2023/09/26/abholzungdeutsche-entwicklungsbank-finanziert-umweltzerstoerung/>) hat die Bundesregierung mittlerweile erlangt, nachdem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in seiner Antwort auf meine Schriftliche Frage 161 auf Bundestagsdrucksache 20/8636 angekündigt hat, der Deutschen Entwicklungsbank (DEG) Anweisung zu geben, „den im Artikel enthaltenen Angaben zu Rodungen auf den Flächen von PAYCO nachzugehen“, und welche konkreten Maßnahmen für künftige DEG-Investitionsentscheidungen leitet die Bundesregierung aus diesen neuen Erkenntnissen ab?
38. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- In welcher Höhe wird nach Kenntnis der Bundesregierung der Ausbau des Migrationszentrums in Accra zu einem umfassenden „Zentrum für Jobs, Migration und Entwicklung“ von Deutschland finanziell gefördert, und auf welche Gesamthöhe beläuft sich die finanzielle Gesamtförderung der weiteren geplanten Zentren in Marokko, Tunesien, Ägypten, Jordanien, Nigeria, Irak, Pakistan und Indonesien (www.bundesregierung.de/breg-de/suche/migration-birgt-potential-2167792)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

39. Abgeordneter
Kai Whittaker
(CDU/CSU)
- Bezugnehmend auf Ihre Antwort auf meine Mündliche Frage 7, Plenarprotokoll 20/156, S. 20052(D), die da besagt, dass bundesdurchschnittlich eine Miete (Unterkunft und Heizung) in Höhe von 11,39 Euro pro Quadratmeter von Bedarfsgemeinschaften im Bürgergeld übernommen wird, möchte ich Sie fragen, wie hoch Mietpreise pro Quadratmeter im Bundesdurchschnitt sind?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

40. Abgeordnete
**Annette Widmann-
Mauz**
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Sachstand zum Deutsch-Polnischen Haus, und welchen konkreten Auftrag hat die Bundesregierung der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in diesem Zusammenhang erteilt?
41. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass der Bundeskanzler Olaf Scholz Geheimnisverrat der Geheimhaltungsgrade COSMIC TOP SECRET, NATO SECRET, NATO CONFIDENTIAL, NATO RESTRICTED, STRENG GEHEIM, GEHEIM, VS-VERTRAULICH oder VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH begangen hat, und welche Haltung wurde diesbezüglich seitens des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland an die Bundesregierung herangetragen (www.derwesten.de/politik/ukraine-krieg-scholz-taurus-grossbritannien-nato-id300863356.html)?
42. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Haben der Bundeskanzler Olaf Scholz und das politische Personal im Bundeskanzleramt nach Kenntnis der Bundesregierung jemals eine Sicherheitsüberprüfung im personellen Geheim- und Sabotageschutz durchlaufen, und wenn nein, wie können genannte Personen sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben, also z. B. Zugang zu Verschlusssachen erlangen (www.verfassungsschutz.de/DE/themen/geheim-und-sabotageschutz/die-sicherheitsueberpruefung/Die-Sicherheitsueberpruefung_node.html#doc721824bodyText1)?

43. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Inwieweit plant die Bundesregierung die Veröffentlichung der in 14 Bänden vorliegenden Forschungsergebnisse der Unabhängigen Historikerkommission zur Geschichte des Bundesnachrichtendienstes (BND) der Jahre 1945 bis 1968 in einer Kurzfassung bzw. in einer kostengünstigeren Variante (z. B. in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung), um sie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und welche Pläne hat die Bundesregierung zur weiterführenden Aufarbeitung der Geschichte des BND, zumindest bis zum Zeitpunkt der deutschen Einheit (siehe auch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/27143)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

44. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Hat die Bundesregierung eine Position zur Forderung des Geschäftsführers der GMB Glasmanufaktur Brandenburg GmbH, die in einem Brief an den Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck formuliert ist, so schnell wie möglich einen Resilienzbonus für die heimische Solarindustrie einzuführen, und wenn ja, wie lautet diese, und welche weiteren Maßnahmen plant die Bundesregierung, um drohende Werkschließungen wie bei der GMB Glasmanufaktur Brandenburg GmbH zu verhindern?
45. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung einer zunehmenden Abwanderung von deutschen Unternehmen ins Ausland und damit Arbeitsplätzen aufgrund von Kosteneinsparungen hinsichtlich Arbeitskosten und Sozialabgaben entgegenwirken (siehe dazu: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/dihk-umfrage-industrieunternehmen-fliehen-vor-deutschen-kostennachteilen-19580498.html#:~:text=Unternehmen%20fliehen%20vor%20deutschen%20Kostennachteilen&text=Die%20deutsche%20Industrie%20konzentriert%20Investitionen,am%20Standort%20Deutschland%20zu%20entgehen)?

46. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(Gruppe Die Linke)
- Zu welchen Erkenntnissen ist laut Kenntnis der Bundesregierung das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) im Zusammenhang mit der von mir gestellten Schriftlichen Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 20/9462 gekommen, bei der die Behörde laut Antwort der Bundesregierung in dem genannten Zusammenhang (Schwere Vorwürfe gegen BMW-Zulieferer, Online: www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/umweltstandards-bmw-zulieferer-kobalt-marokko-100.html) ein Tätigwerden nach § 14 Absatz 1 Satz 1 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) „prüft“ und „dabei konkrete Hinweise hinsichtlich einer möglichen Verletzung einer menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Sorgfaltspflicht im Sinne des LkSG“ berücksichtigt, und welche nächsten rechtlichen Schritte durch Bundesbehörden werden auf Grundlage dieser gewonnenen Erkenntnisse eingeleitet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

47. Abgeordneter
Kai Whittaker
(CDU/CSU)
- Wieso führen Sie die Aktienrente ein, mit der nach meiner Einschätzung enorme Schulden am Aktienmarkt angelegt werden und die deutlich teurer und ineffizienter ist, anstatt den zum Beispiel von mir geforderten Generationenfonds einzuführen, in dem pro Geburt 5.000 Euro angelegt werden, welche sich bis zum Renteneintritt entwickeln, eigentumsrechtlich geschützt sind und Altersarmut verhindern?
48. Abgeordneter
Stephan Stracke
(CDU/CSU)
- Welche Rendite erwartet die Bundesregierung aus dem Generationenkapital, und in welcher Höhe fallen Verwaltungskosten, Kosten für die Tilgung des Darlehens und sonstige Kosten an?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

49. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke) Mit welchen Mitgliedsorganisationen des Kooperationsverbandes Deutsche Burschenschaften (DB) befasste sich das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) bzw. das Gemeinsame Extremismus und Terrorismusabwehrzentrum Rechts (GETZ-R) seit 2022 (vgl. Antwort auf meine Mündliche Frage 36, Plenarprotokoll 20/156, S. 20061 (A))?
50. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke) Wie viele von Sicherheitsbehörden des Bundes in den Jahren 2022 und 2023 eingeleitete Disziplinarverfahren wurden dem Bundesamt für Verfassungsschutz zur Erstellung des Lageberichts „Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden“ bis zum 31. Januar 2024 gemeldet (bitte nach Sicherheitsbehörden und Verfahrensstand aufschlüsseln)?
51. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke) In welchem Umfang hat die Bundespolizei 2022 bzw. 2023 von § 22 Absatz 1a und § 23 Absatz 1 Nummer 3 des Bundespolizeigesetzes Gebrauch gemacht (bitte nach Jahren sowie nach Inland bzw. Grenzgebiet bzw. Luftgrenze differenzieren), und in wie vielen Fällen kam es dabei zu polizeilichen Feststellungen unerlaubter Einreisen bzw. unerlaubten Aufenthalts (bitte nach Rechtsgrundlage der Kontrollen sowie nach Jahren aufschlüsseln)?

52. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Welche qualitativen und quantitativen Angaben kann die Bundesregierung zu Beschwerden im Zusammenhang mit Maßnahmen nach § 22 Absatz 1a und § 23 Absatz 1 Nummer 3 des Bundespolizeigesetzes und deren Bewertung durch die Bundespolizei in den Jahren 2022 und 2023 machen, und wie begründet die Bundesregierung, dass im aktuellen Entwurf für eine Reform des Bundespolizeigesetzes weiterhin Befugnisse zu anlasslosen Kontrollen vorgesehen sind, obwohl zahlreiche Organisationen, darunter die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz und der UN-Ausschuss gegen Rassismus, seit Jahren kritisieren, dass solche Kontrollen ohne konkreten begründeten Verdacht in der Praxis zu diskriminierendem Racial Profiling führen (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/4961, Vorbemerkung der Fragestellenden), und obwohl beispielsweise Amnesty International diese Kritik mit Blick auf den aktuell vorliegenden Gesetzentwurf noch einmal bekräftigt hat („Deutschland: Neuer Entwurf für Bundespolizeigesetz schützt nicht vor rassistischen Kontrollen“, Pressemitteilung vom 13. März 2024)?
53. Abgeordnete
Petra Pau
(Gruppe Die Linke)
- Welche Förderung von Kulturprojekten der Jugendlichen, wie sie in der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/8307 vermerkt wurde, strebt die Bundesregierung an, und mit welchem Zeitplan?
54. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Welche Vertreterinnen und Vertreter von Bundesbehörden haben am 53. Ball des Sports am 17. Februar 2024 in Frankfurt teilgenommen, ohne die Tickets (Einzelpreis in Höhe von 1.200 Euro sowie die erbetene Spende von mind. 400 Euro pro Person – siehe Pressemitteilung der Stiftung Deutsche Sporthilfe vom 12. Dezember 2023) selbst zu bezahlen, und für welche der Vertreterinnen und Vertreter von Bundesbehörden hat der Bund die Kosten übernommen (bitte die Personen mit Funktion und Bundesbehörde konkret benennen)?
55. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU)
- Wie oft haben Betreiber kritischer Infrastrukturen seit Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz 2.0) im Mai 2021 den geplanten erstmaligen Einsatz einer kritischen Komponente gemäß § 2 Absatz 13 des Gesetzes über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSIG) dem Bundesministerium des Innern und für Heimat angezeigt?

56. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU)
- Wie oft wurde der Einsatz der kritischen Komponenten gemäß § 9b des Gesetzes über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSIG) untersagt, und waren davon auch Komponenten chinesischer Hersteller betroffen?
57. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Welche politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland werden durch die Aufnahme der 145 Personen aus dem Gaza-Streifen gewahrt, und wie viele der aufgenommenen 145 Personen haben für deutsche Einrichtungen im Gaza-Streifen gearbeitet (bitte nach Staatsangehörigkeiten aufschlüsseln, vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 61, Plenarprotokoll 20/153, S. 19576 (A))?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

58. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Existiert das Programm „Seitenwechsel“ weiterhin bzw. nimmt das Auswärtige Amt an Austauschprogrammen mit der Wirtschaft/mit Unternehmen teil (bitte aufschlüsseln, von welchen Unternehmen in welchem Zeitraum Mitarbeiter ein Praktikum beim Auswärtigen Amt absolviert haben; vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article138009284/Der-Siemens-Mann-im-Auswaertigen-Amt.html)?
59. Abgeordneter
Jürgen Hardt
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die deutsche Staatsbürgerin Nahid Taghavi im Zeitraum vom 9. Januar bis 29. Februar 2024, in dem sie vorübergehend in medizinischem Hafturlaub war, aus den Händen des iranischen Regimes zu befreien, und welche sichtbaren Schritte wird die Bundesregierung nach ihrer erneuten Inhaftierung – wahrscheinlich infolge des deutschen Antrags bei den Vereinten Nationen, das Mandat der Untersuchungskommission zu verlängern, die die Menschenrechtsverletzungen in Iran dokumentiert – jetzt unternehmen, um sich in Zukunft gegen Vergeltungs- bzw. Erpressungsmaßnahmen des iranischen Regimes zu wehren?

60. Abgeordneter
Jürgen Hardt
(CDU/CSU)
- In welche Projekte des Russischen Roten Kreuzes sind welche Anteile der 270 Mio. Euro geflossen (bitte einzeln aufschlüsseln), mit denen das Auswärtige Amt 2023 das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) unterstützt hat, und kann die Bundesregierung sicher nachweisen, dass die Anteile dieser Gelder, die an das Russische Rote Kreuz gegangen sind, nicht missbräuchlich beispielsweise zur Unterstützung des Angriffskrieges auf die Ukraine genutzt wurden?
61. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Bei wie vielen der knapp 30 in Russland inhaftierten Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit handelt es sich nach Kenntnis bzw. Ansicht der Bundesregierung um willkürliche Festnahmen (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 68, Plenarprotokoll 20/153, S. 19577 (D)), und wie viele von diesen knapp 30 Personen werden von deutschen Diplomaten konsularisch betreut?
62. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Ist es weiterhin die Position der Bundesregierung, grundsätzlich nur Staaten und nicht Regierungen oder Staatsoberhäupter völkerrechtlich anzuerkennen (vgl. Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 51 auf Bundestagsdrucksache 20/5183 und auf meine Schriftliche Frage 61 auf Bundestagsdrucksache 20/4631), und unterscheidet die Bundesregierung zwischen einer völkerrechtlichen und politischen Anerkennung (ggf. bitte den Unterschied zwischen einer politischen und völkerrechtlichen [Nicht-]Anerkennung inklusive möglicher Folgen erläutern)?
63. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung in den türkischen Militärangriffen, u. a. mit Kampfflugzeugen und Drohnen, auf die zivile Infrastruktur Nord- und Ostsyriens – insbesondere in der Zerstörung des Kobane Medical Centers, einer zivilen medizinischen Einrichtung – unter Berücksichtigung der Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, WD 2 - 3000 - 010/24 (https://goekay-akbulut.de/wp-content/uploads/WD-2-010-24_Kriegsverbrechen-in-Nordsyrien.pdf), Kriegsverbrechen, und welche Konsequenzen zieht sie daraus insbesondere mit Blick auf Waffenlieferungen (inklusive einzelner Bestandteile für Waffen) an die Türkei?

64. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele der Anträge für Schengen-Visa, die bei den deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei im Jahr 2023 gestellt wurden, wurden abgelehnt (bitte aufschlüsseln nach den Auslandsvertretungen in Ankara, Istanbul und Izmir), und wie viele visumfreie Einreisen durch Inhaber türkischer Spezial-, Dienst- und Diplomatenpässe (grüne, graue und schwarze Umschlagfarbe) gab es in den Jahren 2017 bis 2023 (bitte aufschlüsseln nach Art der Pässe und Jahre)?
65. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass die NATO-Verbündeten Frankreich, Polen, Litauen und Lettland eine Entsendung eigener Truppen in die Ukraine nicht ausschließen (www.deutschlandfunk.de/lettland-und-litauen-nicht-grundsatzlich-gegen-bodentruppen-in-der-ukraine-100.html), und wird die Bundesregierung dies im Nordatlantikrat zum Thema machen, vor dem Hintergrund, dass ein solcher Einsatz einen Bündnisfall auslösen könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

66. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Wie viele Ermittler sind nach Kenntnis der Bundesregierung seitens des Generalbundesanwalts zum aktuellen Stichtag mit der Aufklärung des Anschlags vom 26. September 2022 auf die Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 befasst, vor dem Hintergrund, dass Schweden und Dänemark eigene Ermittlungen eingestellt haben (www.tagesschau.de/ausland/europa/daenemark-nord-stream-untersuchung-100.html)?
67. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird zeitnah ein Referentenentwurf aus dem Bundesministerium der Justiz zu der im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beschlossenen Reform des Mietrechts durch die Bundesregierung vorgelegt (siehe dazu: www.sueddeutsche.de/meinung/kommentar-buschmann-reform-buerokratie-mietrecht-1.6450183?reduced=true), beziehungsweise wann ist damit zu rechnen?

68. Abgeordnete
Petra Pau
(Gruppe Die Linke)
- Strebt die Bundesregierung ebenfalls einen Stopp von Auslieferungen von Beschuldigten nach Ungarn an, zumal die italienische Regierung angesichts möglicher Grundrechtsverletzungen in ungarischen Haftanstalten diese ihrerseits stoppte (www.nd-aktuell.de/artikel/1180033.tag-der-ehre-italien-liefert-antifaschisten-nicht-nach-ungarn-aus.html)?
69. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie viele Fälle „des missbräuchlichen Erwerbs von sogenannten Schrott- oder Problemimmobilien in der Zwangsversteigerung“, denen durch den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung missbräuchlicher Ersteigerungen von Schrottimmobilen (Schrottimmobilen-Missbrauchsbekämpfungsgesetz) begegnet werden soll, sind der Bundesregierung aus den letzten zehn Jahren bekannt (bitte unter numerischer Angabe und nach den einzelnen Kalenderjahren aufschlüsseln), und wie hoch waren in diesen Fällen die durchschnittlichen Nutzungen, welche die Ersterer ab dem Zeitpunkt des Zuschlags bis zur Wiederversteigerung durch Mieten aus den Immobilien gezogen haben (bitte ebenfalls unter numerischer Angabe und nach den einzelnen Kalenderjahren aufschlüsseln)?
70. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie sollen Beherbergungsstätten nach Auffassung der Bundesregierung nach einer möglichen Abschaffung der sogenannten „Hotelmeldepflicht“ für deutsche Staatsangehörige durch den Regierungsentwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz) feststellen, ob eine beherbergte Person deutscher Staatsangehöriger ist oder nicht, und wieso hat die Bundesregierung den Anteil der deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger an der Gesamtbevölkerung bei der Schätzung der Anzahl von 88,6 Millionen deutschen Touristen auf der Grundlage von durchschnittlich jährlich 129 Millionen touristischen Übernachtungen in Deutschland zugrunde gelegt?

